

Vorab per E-Mail an: peter.altmaier@bmwi.bund.de

Herr Bundesminister

Peter Altmaier

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Scharnhorststr. 34-37

10115 Berlin

11.01.2021

Stellungnahme der Verbände zum Maßgabenbeschluss des Bundesrates zur Mantelverordnung und den Beratungen im Bundeskabinett

Sehr geehrter Herr Minister,

am 6. November 2020 hat das Plenum des Bundesrates der Mantelverordnung zugestimmt, mit der erstmalig bundeseinheitliche Regelungen für die Verwertung mineralischer Bauabfälle, industrieller Nebenprodukte und Boden geschaffen werden sollen. Die Mantelverordnung wurde rund 15 Jahre intensiv diskutiert und noch immer bestehen teilweise unterschiedliche Auffassungen dazu, in welchem Umfang die Verordnung dazu beitragen kann, die Kreislaufwirtschaft in Deutschland zu verbessern und den Schutz natürlicher Ressourcen voranzubringen. Mit den vom Bundesrat beschlossenen Maßgaben sind weitere Kompromisse gefunden worden, um eine ausgewogene Balance zwischen Umwelt- und Medienschutz auf der einen Seite und einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft auf der anderen Seite zu erreichen.

Die unterzeichnenden Wirtschaftsverbände appellieren nun an die Bundesregierung, die Mantelverordnung in der vom Bundesrat beschlossenen Fassung zu verabschieden und damit den Umgang mit dem größten Abfallstrom in Deutschland bundeseinheitlich zu regeln.

Den unterzeichnenden Wirtschaftsverbänden sind die verbliebenen Kritikpunkte an der Mantelverordnung bekannt. Allerdings beurteilen wir die Auswirkungen der Kritikpunkte als nicht so gravierend, dass sie einer Verabschiedung der Mantelverordnung entgegenstehen sollten. Die Verordnung wird zum Wohle eines gesteigerten Umweltschutzes dazu führen, dass einige der heute verwerteten Sekundärstoffe zukünftig deponiert werden müssen. Wir teilen aber nicht die Befürchtung, dass sich dadurch ein Deponienotstand ergibt. Zahlreiche Untersuchungen der Bundesländer und des Bundesumweltministeriums lassen den Schluss zu, dass Einschränkungen in der Verwertung bestimmter Stoffströme durch neue Verwertungsmöglichkeiten für andere Stoffströme teilweise kompensiert werden, so dass die Gesamtmasse zusätzlich zu deponierender Sekundärstoffe nur begrenzt zunimmt. Da exakte Prognosen der Massenstromverschiebungen nicht möglich sind, begrüßen wir, dass bereits nach zwei Jahren ein Stoffstrom-Monitoring erfolgen soll, um möglichen Fehlentwicklungen schnell begegnen zu können.

Hinsichtlich der Öffnungsklausel zur Verfüllung von Abgrabungen hat der Bundesrat den Vorschlag der Bundesregierung übernommen und weitere Einschränkungen abgelehnt. Den zuständigen Behörden wird es damit möglich sein, im Einzelfall Verfüllungen auch bei einer

Überschreitung von Stoffgehalten zu erlauben, sofern es die Standortverhältnisse zulassen. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, ist damit die Möglichkeit für Sonderregelungen gemäß den örtlichen Gegebenheiten gewährleistet.

Die unterzeichnenden Wirtschaftsverbände wollen den stärkeren Einsatz von Ersatzbaustoffen bei Bauvorhaben fördern und ausbauen. Allerdings sehen wir zur Unterstützung dieses Ziels derzeit keine Notwendigkeit, hierzu weitere Festlegungen in der Mantelverordnung zu treffen. Die Verankerung im Kreislaufwirtschaftsgesetz (§ 45) ist ausreichend und muss nicht in der Ersatzbaustoffverordnung wiederholt werden.

Wir bitten Sie daher, sich im Sinne einer starken industriellen Kreislaufwirtschaft, die Umwelt- und Ressourcenschutz bestmöglich vereint, für die Verabschiedung der Mantelverordnung gemäß dem Beschluss des Bundesrates einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Holger Lösch
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer
BDI
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.



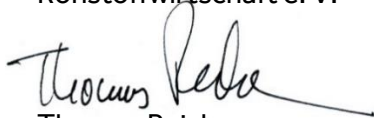
Michael Basten
Hauptgeschäftsführer
Bundesverband Baustoff – Steine und Erden e.V.



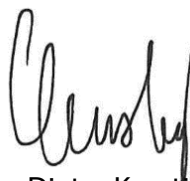
Peter Kurth
Präsident
BDE Bundesverband der Deutschen
Entsorgungs-, Wasser- und
Rohstoffwirtschaft e. V.



Michael Stoll
Vorsitzender
Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e.V.




Thomas Reiche
Geschäftsführer
FEHS - Institut für Baustoff-Forschung e.V.




Dieter Kersting
Vorsitzender
IGAM Interessengemeinschaft der Aufbereiter
und Verwerter von Müllverbrennungsschlacken



Carsten Spohn
Geschäftsführer
ITAD Interessengemeinschaft der
Thermischen Abfallbehandlungsanlagen
in Deutschland e.V.



Dr. Gerd Romanowski
Geschäftsführer
VCI – Verband der Chemischen Industrie e.V.



Hans Jürgen Kerkhoff
Präsident
Wirtschaftsvereinigung Stahl